

Ausschuß für Schule und Weiterbildung

Protokoll

48. Sitzung (nicht öffentlich)

26. Januar 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Frey (SPD)

Stenographin: Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Situation der Bekenntnisschulen im Verhältnis zu den
Gemeinschaftsgrundschulen in Nordrhein-Westfalen**

1

Zunächst nehmen Pater Augustinus Graf Henckel von Donnersmarck (Katholisches Büro NRW) und Kirchenrat Koegeldorff (Evangelisches Büro NRW) anhand des ihnen übersandten Fragenkatalogs - vgl. Anlage zu diesem Protokoll - Stellung.

Was das Wahlverhalten der Eltern betrifft, so gehen die Vertreter der Kirchen davon aus, daß sich dieses immer danach richte, wo die Eltern die größtmöglichen Bildungschancen ihrer Kinder sähen. Dies habe mit Ausländerfeindlichkeit nichts zu tun.

Wenn Schulen aber dicht beieinander liegen und die Verteilung der ausländischen Schüler moslemischen Bekenntnisses auf eine Schule abgewälzt wird, dann sehen die Abgeordneten des

Ausschusses schon Handlungsbedarf, auch um den ausländischen und den verbliebenen deutschen Schülern und Schülerinnen in den Gemeinschaftsgrundschulen gleichwertige Chancen einräumen zu können. Die Vertreter der Kirchen erklären ihre Bereitschaft, mitzuhelfen, in konkreten Fällen nach Abhilfe zu suchen.

Pater Augustinus schlägt vor, den ehemaligen § 18 Abs. 2 des Schulordnungsgesetzes als Abs. 2 in § 20 Schulordnungsgesetz aufzunehmen, damit Schüler eines anderen Bekenntnisses oder eines anderen Glaubens auch Anspruch auf Erteilung ihres Religionsunterrichtes in jeder Grundschule hätten.

2 Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes, des Schulpflichtgesetzes und des Ersatzschulfinanzgesetzes (Ergänzungsschulgesetz)

37

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5311

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung kommt überein, diesen Tagesordnungspunkt erneut aufzurufen, wenn eine entsprechende Vorlage des Kultusministers zur Verfügung steht.

3 Strukturwandel und Qualifikationssystem - Standortsicherung durch Offensive in der Schulpolitik

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/5225

4 Gewalt an Schulen - Landesregierung zum Handeln aufgefordert

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/5403

Die beiden Tagesordnungspunkte 3 und 4 werden aus Zeitgründen abgesetzt.

* * * * *

Berichtigung des Ausschußprotokolls 11/1096 vom 12.01.1994:

Im **Beschlußteil** muß es auf **S. III** unter Verhandlungspunkt 3 - **Schulmitwirkungs-**
gesetz - heißen:

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung kommt überein, auf Grundlage des Entwurfes der Landesregierung zu einem Konsens zu kommen. Ergänzungs- und Änderungsvorschläge sollen vom Ausschußvorsitzenden zusammengefaßt und dem Kultusministerium zur fachlichen Beratung und Stellungnahme zugeleitet werden. Staatssekretär Dr. Besch sagt zu, für konkrete Änderungsvorschläge der Abgeordneten werde das Ministerium gesetzestechnische Formulierungshilfe leisten.

gez. Frey
Vorsitzender

Anlage

07.03.1994/17.03.1994
215